

Gesellschaft

Demokratie und Staat

Die halbdirekte Demokratie der Schweiz garantiert der Bevölkerung wichtige politische Rechte. Dennoch verfügt dieses System über gravierende demokratiepolitische Mängel.

Die Schweiz ermöglicht durch das Initiativ- und Referendumsrecht zwar ein hohes Mass an politischer Partizipation, doch nicht alle können teilhaben: Ausländer*innen und Minderjährige werden von der demokratischen Teilhabe ausgeschlossen. Verschlimmert wird diese Ungerechtigkeit durch die hohen Anforderungen an eine Person und deren Einbürgerung in der Schweiz. Die Schweiz benötigt darum eine grundlegende Reform des Bürger*innenrechts. Nur wenn alle hier lebenden Menschen an unserem System teilhaben können, ist dieses wirklich demokratisch. Profitinteressen aus der Wirtschaft sollen den Ausgang einer Abstimmung oder Wahl nicht beeinflussen können. Parteien müssen unabhängig von Grossspender*innen und Konzernen agieren. Ausserdem müssen die Stimmbürger*innen wissen, woher wieviel Geld in Abstimmungs- und Wahlkampagnen fliesst. Volksabstimmungen und Parlamentsentscheide müssen immer Menschenrechts- und Völkerrechtskonform sein.

Die Jungen Grünen fordern:

- Die Einführung des «ius soli»: Wer in der Schweiz geboren ist, erhält automatisch das Bürger*innenrecht.
- Die Abschaffung der Wartefrist: Alle Menschen, die hier wohnen, können das Bürger*innenrecht beantragen.
- Eine national einheitliche, kostenlose und nach objektiven Kriterien messbare Einbürgerungspraxis.
- Ein aktives- und passives Stimm- und Wahlrecht ab 14 Jahren.
- Ein aktives und passives Stimm- und Wahlrecht für alle Menschen im stimmberechtigten Alter, die sich hier niederlassen.
- Ein Verbot von Firmenspenden an Parteien.
- Eine finanzielle Obergrenze für Privatspenden.

- Transparenz und die vollständige Offenlegung der Finanzierung von Parteien und Abstimmungen sowie der Interessensbindungen von Parlamentarier*innen durch eine staatliche Stelle.
- Eine staatliche Parteienfinanzierung, um die Unabhängigkeit der Parteien von Wirtschafts- und Partikularinteressen zu garantieren.
- Die Einführung eines Verfassungsgerichtes auf Bundesebene.
- Die Einführung des Initiativrechts auf Gesetzesstufe.
- Die schweizweite Einführung des doppelten Pukelsheim ohne Quorum.
- Die Abschaffung des Ständemehrs.
- Die Ersetzung des Ständerates durch einen Generationenrat.